

in diesem Haus nie die Finanzverantwortung für dieses Land bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -  
Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Herr Kollege Hilbers, rechts von Ihnen leuchtet eine rote Lampe. Sie zeigt Ihnen an, dass Ihre Zeit abgelaufen ist.

**Reinhold Hilbers (CDU):**

Hier laufen noch 31 Sekunden!

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Überzogen ist um 31 Sekunden, Herr Hilbers. -  
Einen letzten Satz, bitte!

(Heiterkeit)

**Reinhold Hilbers (CDU):**

Meine Damen und Herren, wir werden den Haushalt intensiv in den Gremien beraten. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen. Ich bedanke mich für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Es geht zum einen um die Tagesordnungspunkte 2 bis 4: Haushaltsgesetz 2012/2013, Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz und Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2011. Federführend sollen sich damit der Ausschuss für Haushalt und Finanzen und alle Fachausschüsse beschäftigen.

Zum anderen geht es um Tagesordnungspunkt 5, der den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012 betrifft. Auch hier soll federführend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen tätig werden. Mitberatend befassen sollen sich damit der Ausschuss für Inneres und Sport, der Kultusausschuss, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung sowie der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen.

Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abschließende Beratung:

**Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich** - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/3867 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 16/3977 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/3991

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Eine mündliche Berichterstattung nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Es hat sich zunächst der Kollege Güntzler von der CDU-Fraktion gemeldet.

**Fritz Güntzler (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben unter diesem Tagesordnungspunkt die nächste Gelegenheit, über ein Erfolgsmodell, über eine Erfolgsgeschichte der CDU/FDP-Landesregierung zu diskutieren,

(Johanne Modder [SPD] lacht)

nämlich über den Zukunftsvertrag zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit der heutigen abschließenden Beratung soll die Frist für Anträge auf die sogenannte Zins- und Tilgungshilfe für kommunale Körperschaften verlängert werden. Der Zukunftsvertrag, der zwischen allen kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung im Dezember des Jahres 2009 abgeschlossen wurde, wurde im Juli dieses Jahres einvernehmlich verlängert. Manche haben es nicht geglaubt; ich erinnere mich an die Debatten, die wir vor dem Juli hier geführt haben. Das Ende der Antragsfrist wird mit diesem Änderungsgesetz vom 31. Oktober 2011 auf den 31. März 2013 verschoben. Das ist gut so. Dies geschieht auch auf ausdrücklichen Wunsch der Kommunen, deren Wünschen wir hiermit Rechnung tragen. Das zeigt, dass der Zukunftsvertrag auf große Zustimmung stößt.

Zwei Gründe haben dazu geführt, diese Antragsfrist zu verlängern. Der erste Grund war, dass die Frist bis zum 31. Oktober sehr knapp bemessen ist. Es ist richtig, dass vor Ort ein ausführlicher

Abstimmungsprozess über das Pro und Kontra stattfindet. Ich selbst erlebe es derzeit in der Stadt Göttingen: Es ist wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess einzubinden, um eine große Akzeptanz für die Chancen aus diesem Zukunftsvertrag zu erzielen.

Der zweite Grund war, dass die Kommunalwahlen am vergangenen Sonntag stattgefunden haben. Ich glaube, es ist ein gutes Recht der sich neu zusammensetzenden kommunalen Räte, sich über die Möglichkeiten des Zukunftsvertrages zu informieren und über den Entschuldungsvertrag zu verhandeln.

Meine Damen und Herren, insbesondere von der Opposition: Allen Unkenrufen Ihrerseits zum Trotz ist der Zukunftsvertrag ein großer Erfolg.

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Weit über 100 Kommunen - wir hatten auch eine Unterrichtung im Innenausschuss dazu, Sie werden hoffentlich zugehört haben, und diejenigen, die nicht zugehört haben, können es nachgelesen haben - sind in Verhandlungen mit dem Innenministerium. Es liegen derzeit neun unterzeichnete Verträge mit einem Volumen von 250 Millionen Euro vor. Weitere Verträge stehen kurz vor dem Abschluss, sodass wir bei 350 Millionen Euro liegen werden. Sie sehen: Die „Kommunalos“ sind weiter als Sie hier in der Opposition.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist schon auffällig, dass sich gerade auch Kommunen, die SPD-geführt sind, in Verhandlungen mit dem Innenministerium über den Zukunftsvertrag befinden. Ich nenne nur den Landkreis Lüneburg mit Herrn Landrat Nahrstedt, den wir hier noch aus dem Landtag kennen. Ich erwähne die Stadt Lüneburg mit Herrn Oberbürgermeister Mädge, die Stadt Göttingen mit Herrn Oberbürgermeister Meyer.

(Patrick-Marc Humke [LINKE]: Schlimm!)

Ich nenne auch Herrn Landrat Reuter aus dem Landkreis Osterode, den ich im Wahlkampf in Göttingen live erleben durfte,

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Ein guter Mann!)

der mit dem Entschuldungspakt Wahlkampf gemacht hat und ihn als große Chance für den Landkreis Osterode sieht.

Meine Damen und Herren von der SPD, bevor Sie hier dagegen stimmen, sollten Sie vielleicht mit Ihren Vertretern vor Ort das Gespräch suchen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Dort, wo wir die Verträge geschlossen haben - ich nenne als ein Beispiel nur den Landkreis Uelzen mit über 60 Millionen Euro -, gab es auch die Zustimmung der SPD vor Ort.

(Ursula Körtner [CDU]: Überall!)

Man sieht: Vor Ort ist die SPD weiter als hier im Landtag.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich nehme an, dass die Kollegen der SPD in der Debatte gleich wieder die gesamte finanzielle Lage der Kommunen ausbreiten und auf die 5 Milliarden Euro Kassenkredite hinweisen werden usw. Von daher hier nur die Anmerkung: Es ist wahr, dass 60 % aller Kommunen Kassenkredite in Anspruch genommen haben. Es ist aber genauso wahr, dass 40 % dieser Kassenkredite alleine von zehn kommunalen Gebietskörperschaften in Anspruch genommen werden, die im Wesentlichen unter SPD-Führung stehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Von daher ist, glaube ich, festzustellen, dass manches vielleicht auch hausgemacht ist, was Sie hier nicht einsehen wollen.

(Johanne Modder [SPD]: Vorsicht! Ganz vorsichtig mit solchen Behauptungen!)

Schauen Sie sich doch einmal die Statistik über die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen an! Nehmen wir die Landkreise: Die niedrigste Arbeitslosigkeit gibt es in fünf Landkreisen, die von der CDU geführt werden, und die höchste Arbeitslosigkeit gibt es dort, wo Sie von der SPD Verantwortung tragen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit, und die sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Nehmen Sie doch mal den Landkreis Cuxhaven! Das ist ja abenteuerlich! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Sie werden gleich wieder lamentieren, dass der kommunale Finanzausgleich zu niedrig sei. Auch

dazu weise ich gerne darauf hin, dass er in der absoluten Höhe höher ist, als er war, als Sie an der Regierung waren. Selbst im Krisenjahr 2010 lag er bei 2,5 Milliarden Euro. Und wenn Sie Herrn Finanzminister Möllring zugehört haben, dann haben Sie gehört, dass er wieder bei weit über 3 Milliarden Euro liegen wird. Das sind weitaus höhere Zahlen als zu den Zeiten Ihrer Regierung.

(Johanne Modder [SPD]: Sie blenden ja alles aus!)

Wie kommunalfreundlich wir sind, sehen Sie auch an der Steuerverbundabrechnung, die wir vorziehen. In Kürze werden über 114 Millionen Euro vorzeitig an die Kommunen ausgeschüttet. Das zeigt: Wir sind die Kommunalpartei.

(Johanne Modder [SPD]: Ich glaube nicht!)

Wir stehen an der Seite der Kommunen. Unsere Politik ist kommunalfreundlich. Wir schaffen es mit diesem Zukunftsvertrag, Kommunen, die in schwierige Situationen geraten sind, wieder Handlungsspielräume zu eröffnen, damit sie Politik vor Ort gestalten können. Hören Sie auf die Vertreter der SPD vor Ort, und stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, für die Fraktion DIE LINKE spricht nun Frau Zimmermann.

**Pia-Beate Zimmermann (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kern des Finanzausgleichgesetzes ist der Entschuldungsfonds für Landkreise und Gemeinden, der in der Form eines Sondervermögens aufgelegt werden und sich zu gleichen Teilen aus Mitteln des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften durch jährliche Zuführungen speisen soll.

Das Land erhebt den kommunalen Anteil der Zuführungen an den Fonds durch einen Umlage bei den Landkreisen und Gemeinden. Diese Zins- und Tilgungshilfe können Landkreise oder Gemeinden mit weit überdurchschnittlicher Liquiditätskreditverschuldung erhalten, die trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen keinen Haushaltsausgleich erreichen, wenn sie mittels einer Fusion oder Umwandlung in eine Einheitsgemeinde zu einer wesentlichen Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit

beitragen oder mit einer entsprechenden Zins- und Tilgungshilfe ohne Fusion oder Umwandlung ihre dauernde Leistungsfähigkeit wiederherstellen können.

Meine Damen und Herren, aus Sicht meiner Fraktion ist das der falsche Weg. Mit der Regelung, dass die kommunale Ebene an der Speisung des Fonds beteiligt werden soll, wird sich letztlich die sowieso schon katastrophale finanzielle Lage der Kommunen weiter verschärfen. Die Konsequenz daraus ist: Arme Kommunen sollen den allerärmsten Kommunen unter die Arme greifen. Das löst keines der finanziellen Probleme der Kommunen und wird von uns deshalb abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Grascha, Sie haben gerade in der Haushaltsdebatte von Gestaltungswillen gesprochen. - Ich sehe ihn gerade nicht; er ist nicht da - das interessiert ihn wohl nicht.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Er ist bei einer Besuchergruppe, Frau Kollegin!)

Wenn Sie von Gestaltungswillen sprechen, ist das, wie ich finde, eine Farce. Außerdem reden Sie auch von einem fairen Miteinander von Land und Kommunen. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass man den Kommunen zuerst den Hahn zudreht, ihnen alles nimmt und ihnen dann auch noch sagt, dass sie dafür aufkommen sollen, um das wiederzubekommen, was man ihnen genommen hat.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Absurd!)

Fair wäre letztendlich doch, wenn das Land einen solchen Fonds ganz alleine speisen würde. Damit wäre den Kommunen tatsächlich geholfen.

Mehr noch brauchen wir in diesem Land aber eine grundsätzliche Reform der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden, welche zum Ergebnis haben muss, dass die Einnahmeseite der Kommunen endlich auf stabile Füße gestellt und die chronische Unterfinanzierung und das damit einhergehende strukturelle Defizit beendet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Kommunen müssen doch heute mehr und mehr auf Kassenkredite zurückgreifen. Die wenigen Kommunen, die das nicht machen müssen, werden es demnächst tun müssen. Ich kann Ihnen z. B. aus Wolfsburg berichten - dort mussten wir keine Kassenkredite aufnehmen - ,

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das liegt aber nicht an der Politik der Linken!)

da dort die Rücklagen in den aktuellen Haushalt eingestellt wurden. Das heißt doch, man ernährt sich sozusagen von hinten, aber irgendwann kommt der Nachschub nicht mehr. Auch solche Kommunen werden Kassenkredite aufnehmen müssen, um sich selbst zu finanzieren.

Dass jetzt einige Kommunen dem Zukunftsvertrag zustimmen und sagen: „Natürlich müssen wir so etwas machen“, ist doch nur der Tatsache geschuldet, dass es gar keine andere Möglichkeit gibt.

Wir stellen fest: Die kommunale Selbstverwaltung wird mit diesem Instrument zu einer Farce, weil die Kommunen überhaupt keine Mittel mehr haben. Sie können überhaupt keine Entscheidungen mehr treffen, weil die finanziellen Mittel zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in einer Kommune gar nicht mehr vorhanden sind. Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, öffnen Sie der Willkür des Innenministeriums Tür und Tor.

(Glocke des Präsidenten)

- Letzter Satz: Meine Damen und Herren, was Sie hier planen, ist aus unserer Sicht eine Scheinlösung. Meine Fraktion lehnt die Beschlussempfehlung deshalb ab.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt Herrn Briese von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

#### **Ralf Briese (GRÜNE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Güntzler, eines muss man am Anfang schon feststellen: So zielführend und brillant kann der Zukunftsvertrag nicht sein; denn sonst müssten wir seine Laufzeit nicht immer wieder ausdehnen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es ist ja nicht so, dass die Kommunen dem Innenministerium sozusagen die Bude einrennen, sondern es ist genau andersherum:

**(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)**

Die Emissäre aus dem Hause Schönemann strömen durchs Land und werben sehr intensiv für den Zukunftsvertrag. Sie betreiben bei den Kommunen Hinterzimmerdiplomatie und versuchen die Kommunen von dem Zukunftsvertrag zu überzeugen. Natürlich gibt es einzelne Kommunen, die ihn dankbar annehmen. Aber dazu gehört dann schon die Wahrheit, dass das aus nackter Not passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Das Kernproblem an dem Zukunftsvertrag - das habe ich immer gesagt, und das will ich hier noch einmal deutlich machen - bleibt, dass das Haus Schönemann keine wirkliche Blaupause, keine wirkliche Vision, keinen wirklichen Plan hat, wie die zukünftige kommunale Gebietsstruktur in Niedersachsen insgesamt aussehen soll. Herr Schönemann, Sie haben zwar das Hesse-Gutachten in Auftrag gegeben - man könnte sagen, dass das Ihre Blaupause sein soll. Aber zum einen enthält das Gutachten eine Menge methodischer Probleme, und zum anderen hält sich ja so gut wie keine Kommune daran. Das ist nicht die Blaupause, die über das Land gelegt wird. Vielmehr findet ein sehr ungesteuerter Prozess mit Blick auf die kommunalen Fusionen oder Teilentschuldungsprozesse statt. Starke verbinden sich zum Teil mit Starken; einige Starke verbinden sich auch mit Schwächeren. Aber was machen Sie eigentlich mit den absolut Schwachen? Für die haben Sie überhaupt keine Vision! Auf diese Frage sind Sie bis heute eine Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Die schmeißen wir raus wie die Griechen!)

Was soll z. B. - bis heute habe ich darauf keine Antwort erhalten - mit der Region Cuxhaven passieren? - Cuxhaven bekommt keinen Verhandlungs- oder Fusionspartner. Was soll mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg passieren? - Auch er bekommt keinen Verhandlungs- oder Fusionspartner. Was wollen Sie eigentlich mit den Regionen machen, die schon heute in absoluter Armut leben? - Darauf bleiben Sie diesem Hause eine Antwort schuldig. Das wissen Sie selber nicht.

Aber dann müssen Sie ehrlicherwise sagen: Wir setzen darauf, dass sich diese Kommunen weiter entvölkern, und geben ihnen keine Instrumente an die Hand. - Das kann es aber in meinen Augen wirklich nicht sein.

Das zweite Problem ist - das hat Frau Zimmermann angesprochen, und das bleibt natürlich richtig -, dass Sie eine Quasi-Transferunion betreiben. Kommunen, die gut gewirtschaftet haben, müssen mindestens die Hälfte aus dem kommunalen Finanzausgleich zuschießen. Fair ist es wirklich nicht, dass Sie die Mittel für eine Entschuldung aus dem kommunalen Finanzausgleich herausnehmen. Das ist ein Nachteil für die Kommunen, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben.

Der dritte Punkt ist - das hat Ihnen der Landesrechnungshof immer gesagt -: Es gibt keine vernünftigen Vertragsregelungen, wenn die Einspareffekte gar nicht eintreten. Auch das ist ein Problem.

Ich möchte abschließend sagen: Jeder, der sich mit dem Thema Gebietsreform beschäftigt, weiß, dass das ein rechtlich und politisch kompliziertes Problem ist; das ist gar keine Frage. Aber man sollte trotzdem einmal nach Mecklenburg-Vorpommern schauen. Das droht ja auch dem Land Niedersachsen. Wir haben demografische Daten, die nun einmal ganz eindeutig sind: Wir werden langfristig um größere Einheiten nicht umhinkommen. Aber es tut sich ja nicht wirklich etwas, es tut sich nicht wirklich viel.

Deswegen muss man am Ende festhalten, Herr Schünemann: Sie haben sich acht Jahre lang ziemlich um dieses Problem herumgemogelt. Sie haben mit Anreizen gearbeitet, aber sie wirken nicht wirklich. Sie haben dem Land Niedersachsen eine große Baustelle hinterlassen. Das muss eine neue Landesregierung mit viel neuer Kraft anpacken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Das war auf die Sekunde genau. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Krogmann das Wort. Bitte schön!

#### **Jürgen Krogmann (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Güntzler, ich muss einmal mit einer Frage beginnen. Sie haben gerade gesagt: Die Kommunen sind mehr oder weniger selbst schuld. Da regiert überall die SPD. Deshalb haben sie so viele Schulden.

(Fritz Güntzler [CDU]: Sie hätten zuhören sollen, was ich gesagt habe!)

Ist es nicht der Landkreis Cuxhaven, der 40 % der Bedarfszuweisungen bekommt? Ist das nicht der Wahlkreis des Herrn Ministerpräsidenten? Wollen Sie sagen, dass man dort nicht mit Geld umgehen konnte? - Dann ist es zu Recht so, dass dort am Wochenende die Mehrheit gewechselt hat. Wir begrüßen das ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Um Himmels willen, Herr Krogmann! Sie als Innenpolitiker müssen doch den Unterschied zwischen Wahlkreis und Landkreis kennen!)

Meine Damen und Herren, ein falscher Weg wird nicht dadurch richtig, Herr Nacke, dass man ihn unbeirrt weitergeht. Der vorliegende Gesetzentwurf soll einen Prozess verlängern, der - zugegeben - wenigen Kommunen eine vorübergehende Entlastung bringt, aber vielen anderen Kommunen Einnahmeverluste beschert. Das eigentliche Ziel, das wir haben, nämlich eine strukturelle Neuordnung unserer kommunalen Landschaft - dies hat der Kollege Briese ausgeführt -, haben wir jedoch verfehlt.

Das Wort „Zukunftsvertrag“ ist also nur ein Euphemismus. Sie liegen da komplett daneben. Hier wird nicht die Zukunft gesichert, sondern die kommunale Misere wird nur verschleiert. An den Symptomen wird halbherzig herumgedoktert. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD)

Erinnern wir uns einmal daran, mit welchen salbungsvollen Worten der Innenminister 2009 den Start des Zukunftsvertrages begleitet hat: Das Land wolle zügig bestimmen, welche Landesaufgaben noch auf Landkreise und Gemeinden übertragen werden könnten. Das wollte man zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden beraten. Man wollte Aufgaben und Leistungsverpflichtungen überprüfen, gegebenenfalls beschränken, Standards reduzieren usw. Und was haben Sie davon bis heute umgesetzt? - Überhaupt nichts. Im Gegenteil.

Schon im April hatte der Präsident des Niedersächsischen Landkreistages, Herr Meyer, im *rundblick* geschrieben, der Zukunftsvertrag sei gescheitert. Ich gebe zu: Er ist ein wenig leiser geworden, weil es vielleicht Druck von hier und da gegeben hat. Oberbürgermeister Klingebiel aus Salzgitter hat bei der Vertragsunterzeichnung gesagt, man

vertraue darauf, dass das mit der Übertragung von Aufgaben irgendwann einmal passiere.

(Fritz Güntzler [CDU]: Er hat Vertrauen in diese Regierung!)

Bislang gibt es aber nur relativ dünne Absprachen und Vorhaben. An dem Punkt - dies muss man ganz klar sagen - ist das Projekt bis hierhin wirklich kein Erfolg.

Welche Landesaufgaben haben Sie bislang übertragen? - Keine einzige; ich habe es gesagt. Wie geht es eigentlich mit der Landesverwaltung weiter? - Auch dieses Thema schwingt ja bei dieser Diskussion mit. Auch dazu haben wir von Ihnen bis jetzt überhaupt nichts gehört. Ich sage Ihnen: Sie wissen nicht, wie es weitergehen soll. Sie haben den Kompass für die Weiterentwicklung des Landes verloren. Sie wirken wie jemand, der sich im Wald verlaufen hat und darauf hoffen muss, dass irgendwann wieder eine Straße kommt.

Das, was Sie Zukunftsvertrag nennen, ist im Grunde genommen nur noch ein Reparaturbetrieb. Sie gehen mit dem Gießkännchen durch Niedersachsen, gießen mal hier und mal dort ein bisschen, aber nachhaltige Effekte erzeugen Sie nicht.

(Fritz Güntzler [CDU]: Eben nicht! Das Gießkannenprinzip haben Sie immer gemacht!)

Ich möchte nicht bestreiten - dies ist bereits gesagt worden -, dass es einige Kommunen gibt - es sind nicht viele -, bei denen es schon zu Fusionsverträgen gekommen ist. Ich glaube, man muss das verstehen - Sie haben die SPD-geführten Kommunen angesprochen -: Wenn jemand verhungert und einen Teller mit Brosamen zugeschoben bekommt, dann will er den Teller natürlich nehmen. Aber eigentlich bräuchte er eine ganz andere Kost, um wieder auf die Beine zu kommen. Diese Kost bekommt er von Ihnen allerdings nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Fritz Güntzler [CDU]: Sie hätten einmal die Begeisterung von Landrat Reuter bei den Diskussionen sehen sollen!)

- Darüber reden wir noch.

Ich möchte einmal an das Beispiel der Fusion von Land Wursten und Nordholz erinnern. Wenn eine Fusion und eine Entschuldungshilfe noch immer keinen Haushaltsausgleich bringen, dann müssen Sie wohl eingestehen, dass das nicht das richtige Mittel der Wahl ist. Sie stopfen nur Löcher. Das ist aus unserer Sicht ungenügend.

Ich darf aus der Sicht meines Wahlkreises noch einen weiteren Punkt anführen. Sie haben keine Hemmungen, sich das Projekt, das Sie dort haben, dieses „Erfolgsmodell“, von den anderen Kommunen finanzieren zu lassen. Meine Stadt Oldenburg zahlt im Jahr 800 000 Euro, hat aber als Oberzentrum eigentlich nie die Chance, irgendwann einmal von diesem Fonds zu profitieren. Das heißt, Sie lassen die Armen bluten, um den noch Ärmeren zu helfen. Das ist aus meiner Sicht ein weiterer Webfehler dieses Zukunftsvertrages.

(Beifall bei der SPD)

Die Fragen, die sich uns stellen, sind: Wie schaffen wir für ganz Niedersachsen zukunftsfähige Strukturen? Wie sichern wir eine finanzielle Mindestausstattung aller Kommunen? - Wir als SPD haben verschiedene Vorschläge gemacht. Wir waren der Meinung - und sind es noch immer -, dass ein solcher Prozess wissenschaftlich begleitet werden muss, dass wir eine Enquetekommission brauchen und dass wir eine Antwort auf die Fragen brauchen: Wie soll Niedersachsen in 20 Jahren aussehen? Welche kommunalen Strukturen können wir anhand rapider demografischer Entwicklungen noch als leistungs- und lebensfähig bezeichnen? Wie muss eine finanzielle Mindestausstattung aussehen, damit die Kommunen auch noch Geld für Bildung, Soziales, Kultur und Sport, die sogenannten freiwilligen Leistungen, haben? Welche staatliche Ebene - Land, Landkreis oder Gemeinde - kann die jeweilige Aufgabe am effektivsten erfüllen? - Das sind viele Fragen, die sich stellen. Sie sind bislang wissenschaftlich nicht bearbeitet. Aber Sie, Herr Schönemann, machen trotzdem in dieser Art und Weise weiter. Das finden wir falsch.

Auch den zweiten Antrag, den wir vorgelegt haben und der ebenfalls mit der Lebensfähigkeit von Kommunen zu tun hat, möchte ich kurz erwähnen, nämlich unseren Antrag „Starke Kommunen - Orte lebendiger Demokratie“. Wir haben darin eine Reihe von Maßnahmen angesprochen, und zwar nicht nur die Anhebung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich, sondern auch eine Reform der Grundsteuer und viele andere Themen. Das wäre aus unserer Sicht die Grundlage für einen echten Zukunftsvertrag in Niedersachsen, der diesen Namen auch verdient. Deshalb sind wir gespannt, wie Sie sich im Laufe der weiteren Beratungen zu unserem Antrag stellen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der sogenannte Zukunftsvertrag ist kein wirksames Mittel zur Zukunftssicherung unserer Städte, Gemeinden

und Kreise. Er hat keine gesicherte wissenschaftliche Grundlage, sondern folgt nur dem Zufallsprinzip.

(Fritz Güntzler [CDU]: Wir brauchen keine Gutachten!)

Er hat sich eigentlich schon jetzt vom Ziel einer Neubewertung staatlicher Aufgaben - was macht die Kommune, was macht das Land? - verabschiedet. Für die großen Kommunen, die nie in den Genuss einer Entschuldungshilfe kommen können,

(Fritz Güntzler [CDU]: Warum eigentlich?

ist er einfach nur ein weiterer Eingriff der Landesregierung in klamme Kassen. Das ist aus unserer Sicht abzulehnen.

Sie werden das natürlich heute mit den Stimmen Ihrer Mehrheit verlängern. Aber damit werden Sie die Probleme nur punktuell an der Oberfläche behandeln. Deshalb hat der Zukunftsvertrag diese Bezeichnung nicht verdient und sollte auch nicht verlängert werden. Wir werden diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Kollege Krogmann. - Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Oetjen zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort. Bitte schön!

#### **Jan-Christoph Oetjen (FDP):**

Ganz herzlichen Dank, verehrte Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zukunftsvertrag - der Kollege Güntzler hat es bereits gesagt - ist ein gemeinsames Projekt der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände. Er hat die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände gefunden.

Ich finde es richtig, dass wir heute den Kommunen mehr Spielraum geben, sich dieses Instrumentes zu bedienen und ihre Probleme tatsächlich selbst in den Griff zu bekommen. Wir möchten ihnen dabei helfen, diese Probleme selbst in den Griff zu bekommen. Die Politik, die die CDU und die FDP hier machen, ist doch in bestem Sinne für die Kommunen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle sagen, dass wir von der FDP uns natürlich gewünscht hätten, dass dieser Prozess schneller vonstatten gegangen wäre. Das will ich gar nicht verhehlen. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir heute konstatieren, dass beim Innenministerium über 100 Anfragen von Kommunen eingegangen sind, die sich für diesen Schulden- und Tilgungsfonds interessieren,

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen! Es gibt doch keine Alternative!)

und dass nur neun Prozesse abgeschlossen sind, dann heißt das doch, dass mehr Bedarf da ist, dass Raum da ist, dass wir diesen Diskussionsprozess fortsetzen können, dass vor Ort sachlich begründete Entscheidungen getroffen werden können und dass diese Hilfen angenommen werden. Deswegen ist es richtig, dass wir den kommunal Verantwortlichen diesen Spielraum, diese Zeit geben, dieses gute Instrument anzunehmen. Das machen wir mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Andere Instrumente geben Sie ihnen ja nicht!)

Da der Kollege Briese ein paar merkwürdige Dinge in den Raum gestellt hat, möchte ich Ihnen noch sagen, dass die Kommunen natürlich auch wollen müssen. Sie haben hier den Landkreis Lüchow-Dannenberg angesprochen und behauptet, er finde gar keinen Partner. Das Gegenteil ist der Fall, meine sehr verehrten Damen und Herren: Der Landkreis Uelzen hatte sich angeboten, mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg zu verhandeln und zu diskutieren, wie eine gemeinsame Zukunft in der Region aussehen kann. Aber es sind die Lüchow-Dannengerger selbst, die sich diesem Prozess verweigern. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist aus meiner Sicht keine verantwortungsvolle Politik vor Ort.

(Beifall bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Sagen Sie auch, warum die das dort nicht wollen!)

Ich sage Ihnen aber auch: Das, was Sie hier vorgestellt haben, wollen wir nicht. Der Kollege Briese, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat davon gesprochen, dass dies ein ungesteuerter Prozess sei. Der Kollege Krogmann hat davon gesprochen, dass man eine strukturelle Neuordnung benötige. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hört sich meiner Ansicht nach ganz

scharf danach an, dass in Hannover eine neue Landkarte von Niedersachsen gezeichnet werden soll. Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Das wird es mit CDU und FDP in diesem Land nicht geben, sondern für uns ist die kommunale Hoheit ein hohes Gut, das nicht anzutasten ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Oetjen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Zimmermann?

**Jan-Christoph Oetjen (FDP):**

Die Kollegin Zimmermann möge sich zu einer Kurzintervention melden, dann kann ich darauf antworten.

Wir halten die kommunale Hoheit hoch und unterstützen die Kommunen in ihrem Prozess, ihre strukturellen Probleme selbst in den Griff zu bekommen. Ich wiederhole, was der Kollege Güntzler hier sagte: Es kommt doch nicht von ungefähr, dass es manchen Kommunen gut geht und dass es anderen Kommunen schlecht geht. Denjenigen, denen es schlecht geht, wollen wir helfen. Aber diejenigen, denen es schlecht geht, müssen auch eigene Anstrengungen unternehmen, um aus diesem Problem herauszukommen. Dazu haben wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt. Deshalb sollten Sie ihm zustimmen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Briese von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet. Sie haben anderthalb Minuten. Bitte schön!

**Ralf Briese (GRÜNE):**

Dass es mit der FDP keine Gebietsreform von oben geben wird, überrascht mich nicht wirklich, weil sich das Problem der FDP bald von allein gelöst haben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Fritz Güntzler [CDU]: Nicht so überheblich!)

Herr Oetjen, ich finde es nicht so ganz fair, Herr Oetjen, wenn Sie mir Aussagen in den Mund legen, die ich nicht getätigt habe. Ich habe nur gesagt: Wir haben momentan dieses Problem - und

auch Sie können das nicht von der Hand weisen -, dass wir es in dieser Frage mit einem ungesteuerten Prozess zu tun haben. Das ist Fakt!

Wir haben Gebietsreformen nur sehr partikular und nur sehr singulär, nur hier und da. Eines der großen Probleme bei dieser Debatte ist in meinen Augen beispielsweise, dass Sie nach wie vor nicht von dem Konstrukt der Samtgemeinde wegkommen. Wir kommen immer noch zu noch größeren Samtgemeinden, die sich durch den Zukunftsvertrag bilden. Das sind sehr schwer steuerbare Großgebilde. Eigentlich müssten wir endlich zur Einheitsgemeinde kommen. Das wäre sehr viel besser und sehr viel sinnvoller. Auch das haben wir also nicht.

Mein zweiter Punkt: Sowohl Ministerpräsident David McAllister - gegenüber der *Nordsee-Zeitung* - als auch Innenminister Schönemann haben gesagt: Liebe Kommunen, schaut euch bitte das Hesse-Gutachten sehr, sehr genau an! Wenn ihr nicht die entsprechenden Schlüsse daraus zieht, dann können wir auch anders. - Das waren ungefähr, sinngemäß die entsprechenden Aussagen.

(Glocke der Präsidentin)

Also werfen Sie uns bitte nicht vor, dass wir eine Drohkulisse in Bezug auf eine Gebietsreform aufbauen; denn der entsprechende Minister und auch der Ministerpräsident nehmen diese Worte in den Mund und sagen: Wenn ihr das Gutachten nicht beachtet, dann können wir auch ganz anders!

(Die Vizepräsidentin schaltet dem Redner das Mikrofon ab)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Das war ein guter Schlusspunkt. Herzlichen Dank, Herr Kollege Briese.

Ebenfalls zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Zimmermann für die Fraktion DIE LINKE gemeldet. Sie haben anderthalb Minuten. Bitte!

**Pia-Beate Zimmermann (LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Oetjen, Sie haben das alles eben etwas lecker dargestellt. So ist es aber nicht. Meine Frage - diese Frage ist allerdings schon gestellt worden -: Was machen Sie, wenn eine Kommune keinen Fusionspartner findet? - Darauf haben Sie keine wirkliche Antwort gegeben.



(Fritz Güntzler [CDU]: Auch die kriegt die Entschuldungshilfe! Sie muss doch nicht fusionieren können!)

- Ich habe nicht Sie gefragt, sondern Herrn Oetjen.

(Fritz Güntzler [CDU]: Auch ich kann darauf eine Antwort geben!)

Ich habe noch eine Frage: Was machen Sie mit den Kommunen, die in einer Randlage, nahe an anderen Bundesländern liegen? Auch dort gibt es erhebliche Schwierigkeiten und noch keine wirkliche Antwort.

Vorletzte Frage: Was sagen Sie dazu, dass selbst der Landesrechnungshof in seiner Stellungnahme unbestimmte Rechtsbegriffe moniert?

Meine letzte Frage: Wie wollen Sie diese Rechnung aufmachen? Wenn eine Kommune verschuldet ist und kein Geld mehr in der Kasse hat, aber aus ihrer leeren Kasse auch noch Geld in einen Fonds einspeisen soll, um sich selbst zu retten, dann ist das doch irgendwie irre, oder?

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Oetjen möchte antworten. Sie haben für die Antworten auf diese beiden Kurzinterventionen nur anderthalb Minuten Redezeit. Bitte schön!

#### **Jan-Christoph Oetjen (FDP):**

Das weiß ich, Frau Präsidentin. Ganz herzlichen Dank. Deswegen will ich versuchen, knapp zu antworten.

Lieber Herr Kollege Briese, Sie haben gesagt, es komme nur partikulär zu Veränderungen. Das ist richtig. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss auch deutlich sagen, dass es nicht im ganzen Flächenland Niedersachsen einen entsprechenden Bedarf gibt. Es gibt Regionen, die sehr gut aufgestellt sind - das sind übrigens meist Regionen, in denen die CDU und die FDP gute Stimmenergebnisse bekommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Oh! bei der SPD)

In diesen Regionen gibt es einen solchen Bedarf gar nicht. Der Kollege Güntzler hat gesagt, dass nur zehn Kommunen 40 % der Kassenkredite aufgenommen haben. Gerade um diese ganz schweren Fälle wollen wir uns kümmern. Denen wollen wir mit diesem Schulden- und Tilgungsfonds hel-

fen. Das sind auch die Adressaten. Ich meine, dass diese wissen, dass sie diesen Fonds nutzen können, um aus diesem Problem herauszukommen.

Sie haben die Samtgemeinden angesprochen. Das, was Sie über sie gesagt haben, ist doch schlicht nicht richtig! Es gibt Samtgemeinden, die ganz hervorragend arbeiten, die finanziell wunderbar dastehen und eine bürgernahe Politik machen. Diese Samtgemeinden sollen doch durchaus so weiterarbeiten. Dagegen habe ich überhaupt nichts!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

An anderen Stellen gibt es vielleicht Samtgemeinden, wo das nicht mehr so gut funktioniert, wo nicht so nah an den Bürgerinnen und Bürgern gearbeitet wird.

(Glocke der Präsidentin - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie müssen noch auf Frau Zimmermann antworten!)

Deshalb heißt es auch hier: Es gibt solche und andere - und nicht die einzig seligmachende Einheitslösung für alle.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Abschließend zu Frau Kollegin Zimmermann; ich habe noch fünf Sekunden Redezeit. Ich will hier nur sagen, dass die Stadt Bad Gandersheim eine Entschuldungshilfe bekommen hat, *ohne* eine Fusion anzugehen. Von daher existiert das Problem, das Sie darstellen, überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch von Pia-Beate Zimmermann [LINKE])

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Oetjen.

(Unruhe)

- Es ist sehr unruhig. Ich weiß, dass es noch etwas unruhiger wird, wenn ich klinge. Aber ich finde das dem Redner gegenüber immer etwas unfair. - Herzlichen Dank.

Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Schünemann.

#### **Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur zwei Tage nach der Kommunalwahl lässt Rot-Grün die Katze aus dem Sack: Herr

Briese, Herr Krogmann, Sie sagen hier unverblümt, dass Sie im Prinzip eine Gebietsreform von oben als Modell verfolgen - nicht mehr und nicht weniger. Vor der Kommunalwahl haben Sie noch genau das Gegenteil gesagt. Das muss man hier doch im Prinzip feststellen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Emmerich-Kopatsch?

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:  
Sehr gerne!

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Frau Emmerich-Kopatsch!

**Petra Emmerich-Kopatsch** (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister Schünemann, beim Landkreistag in Goslar hat Herr Ministerpräsident McAllister gesagt, dass man den Zukunftsvertrag verlängern wolle. Sollte die CDU noch einmal an die Regierung kommen, werde aber ab 2013 mit der Freiwilligkeit Schluss sein. Wie bewerten Sie erstens diese Aussage? Wie bewerten Sie zweitens Ihre eigene in Goslar getätigte Aussage, dass z. B. Goslar aus Ihrer Sicht nicht entschuldigt werden könne - mir fehlt die Kenntnis, welche Einblicke Sie dazu haben -, wenn man nicht zur interkommunalen Zusammenarbeit bzw. zu Fusionen bereit sei. Ich habe den Zeitungsartikel extra aufgehoben.

(Johanne Modder [SPD]: Auch ich habe den!)

Ich kann ihn Ihnen zuleiten, falls Sie nicht wissen, was dort gesagt wurde.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Der Kollege Meyer und die Kollegin Tippelt beispielsweise haben noch vor wenigen Tagen für den Landkreis Holzminden erklärt, eine Fusion komme für sie niemals infrage. Jetzt, zwei Tage nach der Wahl, sagen Herr Briese und auf der anderen Seite Herr Krogmann: Wir brauchen strukturelle Gebietsreformen, weil wir es ansonsten

nicht in den Griff bekommen. - Dazu kann ich nur sagen: Ehrlichkeit ist wirklich etwas anderes!

(Beifall bei der CDU - Christian Meyer [GRÜNE] meldet sich zu Wort)

- Nein, im Moment keine weiteren Fragen. Ich will erst einmal reden. Anschließend kommen die Fragen an die Reihe.

(Zuruf von Jürgen Krogmann [SPD])

- Ich beantworte sie ja gleich. Ich möchte zunächst darstellen, wie die Ausgangsposition ausgesehen hat.

Zu Ihrer Frage. Wir haben mehrere Stufen im Bereich der kommunalen Zusammenarbeit eingeführt, nämlich erstens die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Zweitens haben wir das Hesse-Gutachten in Auftrag gegeben, um zu erfahren, wo es Stabilisierungsbedarf gibt. In der dritten Phase haben wir einen Zukunftsvertrag abgeschlossen, um dann ganz konkret denjenigen Hilfestellung zu geben, die Stabilisierungsbedarf haben, also von einer interkommunalen Zusammenarbeit bis hin zu freiwilligen Fusionen oder eine Entschuldungshilfe, wie wir es auch in anderen Bereichen gemacht haben. Danach ist klar: Wenn es in Regionen - mein Musterbeispiel ist immer Lüchow-Dannenberg - tatsächlich eine Handlungsunfähigkeit und aus politischen Gründen im Kreistag eine Verweigerungshaltung geben sollte, kann es dazu kommen, dass man als Kommunalaufsicht handeln und selber etwas erreichen muss.

(Aha! bei den Grünen)

Das ist etwas völlig anderes, als wenn man eine strukturelle Veränderung und eine Gebietsreform von oben haben will. Sie haben es doch in der Schublade: acht bis zehn Regionen im Land. Herr Reuter ist der Einzige, der es offen zugegeben hat. Das wollen Sie für das gesamte Land. Genau darum geht es doch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das ist falsch, das wissen Sie! - Ralf Briese [GRÜNE]: Also doch eine teilweise Gebietsreform!)

Zu Goslar: Natürlich ist es richtig, zu versuchen, einen Entschuldungsantrag zu stellen. Das ist auch erfolgt. Daraufhin habe ich gesagt: Es ist ambitioniert, dies ohne interkommunale Zusammenarbeit erreichen zu wollen, weil man auch noch ein gewisses Maß an freiwilliger Leistung gewährleisten muss, damit man noch handlungs-

fähig ist. Deshalb ist es sinnvoller, zumindest auch über schlankere Strukturen nachzudenken und nicht nur in Verwaltung zu investieren. Insofern hat es Sinn, zumindest in dieser Region über interkommunale Zusammenarbeit bis hin zur Fusion nachzudenken.

Aber das ist der große Unterschied: Wir geben Instrumente an die Hand, dass man direkt vor Ort für sich selber entscheiden kann, ob man eine Fusion macht oder selber so viel spart, dass man in Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt hat. Das ist kommunale Selbstverwaltung, wie sie meiner Ansicht nach bei uns in der Verfassung festgelegt ist. Sie dagegen ticken so, dass Sie sagen: Nein, so etwas können wir nur von oben anordnen. - Das ist der große Unterschied, den wir hier im Lande zu diskutieren haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -  
Johanne Modder [SPD]: Das ist falsch, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, der Zukunftsvertrag sagt noch sehr viel mehr aus. Es geht nicht nur um Entschuldungshilfe. Sie haben hier einen wichtigen Faktor völlig verschwiegen. Es ist doch klar: Nicht nur durch die Zusammenlegung von Verwaltung kann eine Region nach vorne gebracht werden, sondern es muss auch versucht werden, eine Leitlinie zu finden, wie Arbeitsplätze dort in Zukunft gesichert oder sogar neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Das ist der große Faktor, über den wir reden. Deshalb ist es sinnvoll, dass man sich in der Region zusammensetzt - und zwar nicht nur in einer kleinen Samtgemeinde, sondern das muss man auf Landkreisebene tun - und sagt: Wir wollen in den nächsten Jahren in dieser Richtung investieren. Das ist unser Bild, wie wir Arbeitsplätze generieren und die Wirtschaft unterstützen können.

Hier besagt der Zukunftsvertrag, dass wir in diesem Falle darauf sehen wollen, Wirtschaftsförderung zu bündeln und dort zusätzliche Wirtschaftsförderung zur Verfügung zu stellen. Das ist doch der wichtige Punkt: auf der einen Seite Entschuldungshilfe, Kassenkredite runter, und auf der anderen Seite Hilfe geben, damit sie selber in Zukunft mehr Arbeitsplätze und insofern auch mehr Geld generieren können. Das ist unser Angebot für die Kommunen, nicht mehr und nicht weniger.

(Zustimmung bei der CDU)

Daher finde ich es interessant, dass Sie immer behaupten, der Zukunftsvertrag werde überhaupt

nicht angenommen. Da müssen Sie doch einmal mit Ihren eigenen Leuten vor Ort sprechen. Ich habe ja schon einige Unterschriften geleistet. Das Loblied auf den Zukunftsvertrag können Sie dort überall nachlesen.

(Johanne Modder [SPD]: Das hält sich sehr in Grenzen!)

- Dann müssen Sie sich das einmal genau anschauen. Ich kann Ihnen einen Pressespiegel vorbeibringen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann müssen Sie sich anschauen, wie es aussieht, wenn man vor Ort wirklich eine Chance hat, sich selber aus dem Sumpf herauszuziehen. Die Stadt Bad Gandersheim wurde hier häufiger genannt. Das ist wirklich ein Musterbeispiel. Vorher war das eine völlig zerstrittene kommunalpolitische Landschaft, wo der Bürgermeister abgewählt wird usw. Ob das gerechtfertigt ist, ist gar nicht mein Punkt. Aber dann hat man dort die Chance gesehen, selber zu gestalten. Man hat sich zusammengerauft und geschaut, wo man tatsächlich etwas ändern kann. Man hat sogar dargestellt, wie man die Domfestspiele dort in Zukunft über eine Stiftung usw. absichern kann. Und plötzlich ist auch die Verschuldung so in den Griff zu bekommen, dass man mit Hilfe des Landes vor Ort wieder gestalten kann. Man ist bereit, darüber hinaus z. B. mit Kreiensens Fusionsverhandlungen zu führen.

Daran sehen Sie, dass die Verantwortlichen vor Ort sehr viel klüger sind, als Sie sie darstellen. Die Kommunalpolitiker, die jetzt gewählt worden sind, werden den Zukunftsvertrag annehmen und ihn als Gestaltungsmöglichkeit für ihre Zukunft sehen. Da können Sie ganz sicher sein und brauchen nicht dagegen zu reden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird immer so wunderschön dargestellt, wir nähmen anderen Kommunen etwas weg, weil wir das Entschuldungsprogramm des Zukunftsvertrages zu 50 % aus dem kommunalen Finanzausgleich mitfinanzieren. Anders als Sie liefern wir die Gegenfinanzierung immer gleich mit. Durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist dieser Teil im kommunalen Finanzausgleich schon insgesamt kompensiert worden.

Sie müssen sich die Urteile des Staatsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich durchlesen, auch zu dem Punkt Kassenkredite. Im Urteil des Staatsgerichtshofs steht, dass der Abbau der Kas-

senkredite eine gemeinsame Aufgabe des Landes und der Kommunen insgesamt ist. Das heißt, wir machen genau das, was uns der Staatsgerichtshof vorgeschrieben hat. Dagegen versuchen Sie Stimmung zu machen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Der Vorteil davon, dass die Kommunen entschuldet sind und in Zukunft ausgeglichene Haushalte haben werden, ist, dass sie nicht mehr am Tropf der Bedarfszuweisungen hängen und die Kommunen nicht mehr belasten. Wir machen es anders als Sie: Wir legen Wert darauf, dass sie nachhaltig entschuldet sind. Damals, im Jahr 2000, haben Sie nur Geld in den Harz gegeben und nach vier Jahren eine höhere Verschuldung gehabt als vorher.

(Fritz Güntzler [CDU]: So war es!)

Das ist mit uns nicht zu machen. Wir machen vernünftige Politik und sind Partner der Kommunen. Das haben Sie gesehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Herr Minister. - Nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung hat Herr Meyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Meyer, Sie haben zwei Minuten.

(Jens Nacke [CDU]: Was soll denn dabei herauskommen? Es geht doch gar nicht um Hühner!)

**Christian Meyer (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, um die Unterstellung des Innenministers zurückzuweisen, der mich und die Kollegin Tippelt namentlich genannt hat. Er hat behauptet, SPD und Grüne würden, was den Landkreis Holzminden angeht, auf jeden Fall eine Gebietsreform von oben machen. Ich verweise hierzu auf den schriftlichen Bericht von Herrn Hiebing zum Gesetz, der uns allen vorliegt. Daraus zitiere ich:

„Das Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte im federführenden Ausschuss, dass für seine Fraktion eine ‚Kommunalreform von oben‘ nicht in Frage komme.“

So weit die Stellungnahme der Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt nicht, dass wir nicht für freiwillige Fusionen sind, wo sie sinnvoll sein können. Sie kommen ja aus Holzminden und wissen, dass wir gemeinsam dafür streiten, z. B. die Samtgemeinde Bevern mit Holzminden zu fusionieren. Aber wer ist strikt dagegen? - Umweltminister Sander! Ich musste heute lesen, dass er dafür kämpft, die Eigenständigkeit seiner Gemeinde zu erhalten.

Man muss es also, glaube ich, etwas differenzierter sehen und sollte es nicht pauschal zwei Fraktionen unterstellen. Vor allem erinnere ich mich auch noch sehr gut an Ihre Presseartikel im Frühjahr, in denen Sie ganz klar gesagt haben, dass ab 2013 von Ihrer Landesregierung eine Gebietsreform von oben kommt, wenn Landkreise nicht freiwillig fusionieren.

(Fritz Güntzler [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das haben Sie in Hameln und in Holzminden erzählt. Da haben Sie gesagt, dabei ist Ihnen der Bürgerwille egal, Sie machen das anders. - Zum Glück wird es nicht zu dieser Reform von oben kommen, weil Sie dazu ab 2013 keine Mehrheit mehr haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Schünemann. Bitte schön, Sie haben das Wort!

**Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Meyer, ich habe Ihnen ja zugestanden, dass das, was Sie aus dem Bericht gerade zitiert haben, Ihre Haltung vor dem 11. September gewesen ist. Aber wir haben hier die Reden von Herrn Krogmann und von Herrn Briese gehört. Hier ist eindeutig gesagt worden, wir hätten keine Gestaltung von oben. Sie haben eine Gestaltung von oben eingefordert. Das heißt nicht anderes, als dass Sie tatsächlich eine Gebietsreform von oben über das gesamte Land haben wollen. Das können Sie hier nicht anders darstellen.

(Ulf Thiele [CDU]: Wir wissen doch alle, dass das so ist!)

Wir haben andere Instrumente. Darüber müssen wir nicht reden, sondern diese Instrumente stehen heute zur Verlängerung an. Insofern haben wir vor

der Wahl und nach der Wahl nicht nur das Gleiche gesagt, sondern auch getan.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt, sich vom Platz zu erheben. - Wer gegen das Gesetz stimmt, der möge jetzt bitte aufstehen. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das Gesetz so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abschließende Beratung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zur Änderung des Staatsvertrages über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale** - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/3859 - Empfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/3976

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. - Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Soweit ich sehe, ist die Zustimmung einstimmig. Ich frage gleichwohl: Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltun-

gen? - Dann habe ich es doch richtig beobachtet. Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Abschließende Beratung:

**Stromkonzerne nutzen marktbeherrschende Stellung für Strompreiserhöhungen - Prüfung des Landeskartellamtes vorlegen** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3411 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/3709

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Auch hier ist eine Berichterstattung nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Herr Kollege Wenzel zu Wort gemeldet.

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die großen Stromkonzerne haben ihren Einfluss nicht nur an den Märkten genutzt. Auch im politischen Bereich haben sie nichts unversucht gelassen, um die Rahmenbedingungen zu ihren Gunsten zu ändern. Zudem gibt es ernst zu nehmende Hinweise, die zeigen, dass sie ihre marktbeherrschende Stellung an den Märkten missbraucht haben.

Die großen vier Stromkonzerne bündeln ca. 95 % der Gewinnmargen. Allein E.ON verfügt über 900 bis 1 000 Tochtergesellschaften. Ich empfehle Ihnen, sich ihren Geschäftsbericht anzugucken und sich ein Bild davon zu machen, mit was für einer Struktur die Stadtwerke, die als Wettbewerber auftreten, es hier zu tun haben.

Auch nach dem Atomausstieg haben die Stromkonzerne nicht akzeptiert, dass die Regeln einer sozialen Marktwirtschaft für alle gelten. Noch ist offen, ob die Stromkonzerne die gesellschaftspolitische Weichenstellung für den Atomausstieg akzeptieren oder ob sie gegen die Brennelementesteuer klagen, um diese Kosten zu vermeiden.

Schwere Managementfehler am Gasmarkt werden vertuscht. E.ON will 11 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, obwohl im Atombereich nur 2 500 beschäftigt waren und die Hälfte der Kraftwerke noch läuft.